

Perspektiven



November 2021

➤ **Volkswirtschaft: Nur leichte Dämpfer für das globale Wachstum**

Der Welthandel nimmt Fahrt auf, dennoch verliert die globale Konjunkturerholung etwas an Dynamik. Die hohe Inflation könnte sich gerade in alternden Gesellschaften als hartnäckig erweisen.

➤ **Renten: Verbraucherpreise treiben laufende Verzinsung**

Höhere Inflationserwartungen haben zu einem Anstieg der Renditen von Staatsanleihen in den USA und Großbritannien beigetragen. Zusätzlich könnte sich die Nachfrage nach den Papieren verringern.

➤ **Aktien: Überraschende Zahlen, regulative Eingriffe**

Während in den USA und in Europa die Quartalsergebnisse besser als erwartet ausfallen, sorgen sich die Anleger um Inflationsgefahren, Kostendruck und Kurskorrekturen am chinesischen Aktienmarkt.

➤ **Rohstoffe: Fehlende Halbleiter, teurer Strom, starker Widerstand**

Stilllegungen in der Automobilproduktion und die Energiekrise in China beeinflussen spürbar die Preisentwicklung verschiedener Metalle. Steigende Zinsen bringen Gegenwind für Gold.

➤ **Liquidität: Normalisierung in Sicht**

Im Spannungsfeld zwischen erhöhten Inflationsraten und abnehmender Konjunkturdynamik bereiten führende Notenbanken unbeirrt den Einstieg in eine straffere Geldpolitik vor.

➤ **Immobilien: Hohe Baukosten, stabiler Aufschwung**

Inflationssorgen der Investoren könnten die Nachfrage nach Sachwerten stützen. Trotz hoher Preise, die auch der ökologischen Transformation geschuldet sind, könnten Wohnimmobilien profitieren.

Volkswirtschaft: Nur leichte Dämpfer für das globale Wachstum

Dem Chipmangel oder den langen Verladezeiten in wichtigen Häfen zum Trotz: Die Welthandelsorganisation (WTO) hat ihre Wachstumsprognose für das globale Handelsvolumen 2021 von 8% auf 10,8% angehoben. Im Jahr 2022 könnte sich der weltweite Warenhandel mit einem Plus von 4,7% wieder seinem langfristigen Trend vor der Corona-Krise nähern. Nach Einschätzung der WTO dürfte Asien seinen Anteil am Welthandel bis Ende 2022 mit einem prognostizierten Wachstum der Importe von 14% und der Exporte von knapp 19% deutlich ausbauen.

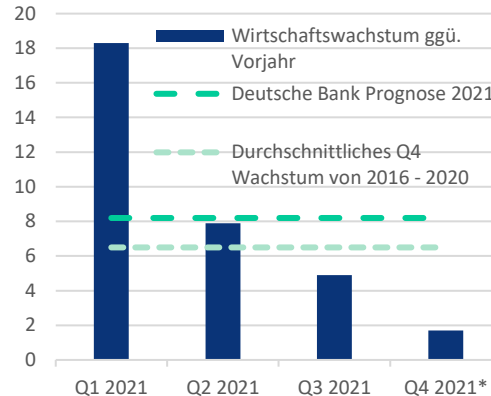
Ernüchternde Daten. Chinas Wachstum hat im 3. Quartal allerdings an Fahrt verloren. Die Konjunkturabkühlung hatte sich zwar bereits abgezeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) blieb mit einem Anstieg um 4,9% gegenüber dem Vorjahreszeitraum aber sogar noch leicht hinter den Markterwartungen (+5%) zurück. Die Zuwächse bei den Einzelhandelsumsätzen (+4,4%) und der Industrieproduktion (+3,1%) fielen für chinesische Verhältnisse recht bescheiden aus. Stromrationierungen und steigende Rohstoffpreise hatten teilweise zu Produktionsausfällen geführt und die Umsätze der Textil-, Bekleidungs- und Automobilbranche gemindert. Die Krise im Immobiliensektor, der immerhin für rund 30% der Wirtschaftsleistung Chinas steht, belastet Baubranche und Möbelindustrie. Außerdem fehlen den lokalen Gebietskörperschaften Steuereinnahmen für Infrastrukturinvestitionen.

Nach Einschätzung der Postbank ist das aber noch kein Grund zur Beunruhigung. Auf die ersten neun Monate gerechnet ist das Wachstum mit 9,8% robust. Für das Gesamtjahr erscheinen die von Volkswirten durchschnittlich prognostizierten 8% weiterhin möglich. 2022 sollte sich die BIP-Entwicklung laut Internationalem Währungsfonds bei 5,6% stabilisieren.

Unterdessen kämpfen in den USA aktuell viele Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe mit einem Arbeitskräftemangel. Fast eine Million Stellen sind unbesetzt. Auch im Transportsektor gibt es zu wenige Arbeitskräfte, was in vielen Branchen zu einer Unterbrechung von Lieferketten führt. Die Industrieproduktion hinkt den Aufträgen seit Jahresbeginn um 5%-Punkte hinterher. Mit sinkenden Covid-19-Infektionszahlen sollte sich die Lage aber entspannen. Die Produktion könnte dann 2022 um gut 100 Milliarden US-Dollar steigen – vorausgesetzt auch die Engpässe bei Halbleitern nehmen erkennbar ab.

Chinas Wachstum für 2021 weiterhin intakt

(*Q4 2021: notwendiges Wachstum zur Erreichung der Postbank-Prognose von 8,2 Prozent; Angaben in Prozent)



Quelle: Bloomberg L.P.; Stand: 27.10.2021

Diskussionsstoff bieten weiterhin die hohen Inflationszahlen. In den USA ist der Verbraucherpreisindex im September um 5,4% gegenüber dem Vorjahr gestiegen (s. a. Renten). Auch die langfristigen Inflationserwartungen liegen über der Zielmarke der US-Notenbank von 2%. Anleger rechnen zwischen 2026 und 2031 durchschnittlich mit einer US-Teuerungsrate von 2,5%.

Fehlende Fachkräfte. Ein strukturelles Risiko für Inflation und Wachstum ist eine alternde Gesellschaft. Auch Deutschland sitzt in der Demografie-Falle. Bis 2030 übersteigt die Zahl der Neu-Rentner die der Berufsanfänger um knapp fünf Millionen. Nur ein Teil davon dürfte durch Zuwanderung entsprechend qualifizierter Arbeitskräfte kompensiert werden. Bis 2025 droht daher ein Rückgang des Wachstumspotenzials von aktuell 1,2% auf 0,7%.

Umso wichtiger ist es, dass die künftige Bundesregierung die Weichen richtig stellt. Die von einer möglichen Ampel-Koalition geplante Entbürokratisierung der Verwaltung und der Ausbau der digitalen Infrastruktur würden den Investitionsstandort Deutschland stärken. Investitionen, beispielsweise in neue Maschinen, tragen zu einer höheren Produktivität bei und wirken dem demografisch bedingten Rückgang des Wachstumspotenzials entgegen.

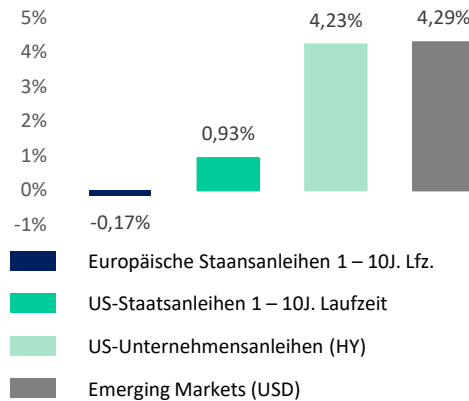
Renten: Verbraucherpreise treiben laufende Verzinsung

In den USA ziehen die Verbraucherpreise weiter an. Im September kletterte die Inflationsrate mit 5,4% auf ein 13-Jahres-Hoch. Sie hat damit nicht nur die Erwartungen von 5,3% leicht übertroffen, sondern lag auch den fünften Monat in Folge über der Marke von 5%. Inzwischen rechnen immer mehr Marktakteure damit, dass sich der Anstieg als dauerhaft erweisen könnte. Insbesondere die Entwicklung bei den Wohnkosten, die zuletzt um 3,2% zugelegt haben, lässt wegen ihres nachhaltigen Charakters aufhorchen. Eine Kerninflation über der von der US-Notenbank Federal Reserve ausgegebenen Zielmarke von 2% könnte die Fed zu einer vorzeitigen Zinsanhebung veranlassen.

Steigende Renditen. Die Märkte preisen mittlerweile für 2022 knapp zwei Zinserhöhungen ein. Insbesondere die Renditen 2-jähriger US-Staatsanleihen legten in den vergangenen Wochen kräftig zu und markierten mit zuletzt 0,56% (28.10.) ihren höchsten Stand seit Pandemiebeginn im März 2020. Der vorübergehende Rückgang der 10-jährigen Renditen folgte der Logik, dass vorgezogene Leitzinserhöhungen den Preisanstieg bremsen könnten und im Endeffekt insgesamt weniger Zinsschritte nötig sein würden, um die Inflationsraten schneller wieder auf Normalniveau zu drücken. Eine nachhaltige Trendwende hat sich aber nicht eingestellt. 10-jährige US-Staatstitel rentierten zuletzt wieder kurzzeitig bei 1,70%.

Neben den Inflationsrisiken könnte in den kommenden Monaten eine geringere Nachfrage nach US-Staatsanleihen deren Kurse unter Druck setzen – und im Gegenzug zu einer höheren laufenden Verzinsung beitragen. Zwei Aspekte spielen hier eine Rolle: Zum einen haben die US-Bundesstaaten sowie deren Lokalregierungen vom Finanzministerium seit Pandemiebeginn im Frühjahr 2020 insgesamt 683 Milliarden US-Dollar an direkte Unterstützung erhalten. Im selben Zeitraum stiegen deren Bestände an US-Schuldtiteln auf insgesamt rund eine halbe Billion US-Dollar an. Ein Großteil der direkten Unterstützungen dürfte also bis zur endgültigen Auszahlung an Unternehmen und Bürger in US-Staatsanleihen reinvestiert worden sein. Werden diese Wertpapiere in den kommenden Monaten sukzessive fällig, dürften die bisherigen Inhaber zunehmend als Nachfrager ausfallen. Grund: Sie müssen für die anstehenden Auszahlungen an Unternehmen und Haushalte entsprechende Barmittel vorhalten.

Anleihemarkt: Rendite nur mit Risiko (Angaben in Prozent)



Quelle: Datastream; Stand: 29.10.2021

Zum anderen wird die Fed voraussichtlich noch dieses Jahr damit beginnen, ihre Staatsanleihekäufe schrittweise um zehn Milliarden US-Dollar monatlich zu reduzieren. Parallel sollte das Angebot an US-Treasuries steigen, sobald das US-Finanzministerium nach einer politischen Einigung über die US-Schuldenobergrenze, den Haushalt 2021/22 und das Infrastrukturpaket die momentan eingeschränkte Emissionstätigkeit hochfährt.

Hohe Energiekosten. In Großbritannien könnten aufgrund der galoppierenden Erdgaspreise die Heizkostenabrechnungen für dieses Jahr um 25-30% steigen. Wenn diese um den April 2022 herum fällig werden, könnte dies eine Inflationsrate von 4,5% oder mehr zur Folge haben. Nun erwarten die Marktteilnehmer bereits im Dezember von der Bank of England einen ersten Zinsschritt – bislang war der für Februar 2022 eingepreist. So ist es nicht verwunderlich, dass innerhalb eines Monats die Renditen britischer Staatsanleihen mit 10 Jahren Laufzeit von 0,75% vorübergehend bis auf rund 1,2% angestiegen sind – deutlich dynamischer als in den anderen G7-Staaten. Ende Oktober rentierten die Gilts bei knapp 1,10%.

Aktien: Überraschende Zahlen, regulative Eingriffe

Nach einer Korrektur von rund 5% im September haben sich die Aktienmärkte im Oktober erholt – und zum Teil neue Höchststände markiert. Ein Grund für die Stabilisierung war der gute Start in die Berichtssaison für das 3. Quartal. Allerdings haben die Analysten ihre Erwartungen im Vorfeld zurückgeschraubt. Für den marktbreiten US-Index S&P 500 kalkulieren sie mit 49 US-Dollar saisonbereinigt einen um 7,5% niedrigeren Gewinn je Aktie ein als im Vorquartal – breit gestreut über alle Sektoren, mit Ausnahme der Energieversorger. Aus Sicht der Postbank erscheint diese Schätzung jedoch zu konservativ. Sie rechnet mit einem Gewinn je Aktie von rund 54 US-Dollar. Insbesondere der Finanzsektor, Firmen mit hoher Marktkapitalisierung und Techs hat sich besser entwickelt als angenommen.

Auch für europäische Aktien sind die Markterwartungen verhalten. Die Analysten prognostizieren für Indexmitglieder des marktbreiten STOXX 600 zwar einen deutlichen Gewinnanstieg auf Jahresbasis, so die Konsensschätzung. Gegenüber dem Vorquartal aber könnten die Profite rund 10% geringer ausfallen. Die nachlassende Konjunktur, globale Lieferengpässe, Produktionsstopps sowie hohe Rohstoff- und Energiepreise dürften besonders stark die Sektoren Automobile und Finanzen getroffen haben. Dagegen könnten insbesondere Immobilien-, Energie- und Industrieunternehmen höhere Gewinne melden.

Vorübergehende Risiken. Die Investoren werden angesichts der Inflationsentwicklung besonders aufmerksam den steigenden Kostendruck beobachten. Für Aktien von Konzernen, die höhere Kosten nur begrenzt oder gar nicht an ihre Kunden weitergeben können, dürften die Kursrisiken zunehmen. Aktien haben sich in Phasen verlangsamer Wachstums- und steigender Inflationserwartungen seit 1997 vergleichsweise schwächer entwickelt.

Während der MSCI Europe und der japanische Leitindex TOPIX etwa 0,5% weniger als in einem durchschnittlichen Monat abwarfen, fiel die Underperformance des Schwellenländerindex MSCI EM (-0,7%) und des S&P 500 (-1,1%) noch deutlicher aus. Der Blick auf den globalen Aktienindex MSCI World AC zeigt für den IT-Sektor durchschnittlich die schlechteste (-1,5%), für Energie (+1%) und Versorger (+0,3%) die beste Kursentwicklung im „Stagflationsszenario“.

Kursentwicklung ausgewählter Aktienindizes

(Gesamtertrag in Euro, Angaben indiziert: 01.11.2016 = 100)



Quelle: Bloomberg L.P.; Stand: 02.11.2021

Value-Aktien haben im Vergleich zu einem durchschnittlichen Monat um 0,4% besser abgeschnitten als Wachstumstitel (Growth). Die Postbank erwartet aber, dass sich die Stagflationsorgen mittelfristig verflüchtigen, wenn die Unterbrechungen der Versorgungsketten nachlassen und die Übertreibungen bei den Energiepreisen abklingen.

Interessante Perspektiven. Sorgen bereiteten Investoren zuletzt die Konjunkturabkühlung in China und gezielte regulatorische Markteingriffe Pekings. Das harte Durchgreifen der Behörden bei Privatunternehmen aus den Bereichen Internet, Bildung, Glücksspiel, Gesundheit und Immobilien könnte zur neuen Normalität werden und die Rentabilität der regulierten Firmen oder Sektoren beeinträchtigen. Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Politik in China teils massive Kurskorrekturen am Aktienmarkt auslöst. Bislang wurden Anleger für die erhöhte Volatilität entschädigt: Seit 2001 erzielte der MSCI China eine jährliche Gesamtrendite von 12% – beim S&P 500 waren es „nur“ 9%. Die Ungewissheit über Art, Zeitpunkt und Ausmaß künftiger Regulierungen rechtfertigt aktuell aber niedrigere Bewertungen als in der Vergangenheit. Andererseits geht Peking nicht generell gegen die Privatwirtschaft vor, sondern strukturiert die Wirtschaft um. Im Fokus stehen Investitionen in „Hardware-Technologien“, die Anlegern eine interessante Perspektive bieten könnten.

Rohstoffe: Fehlende Halbleiter, teurer Strom, starker Widerstand

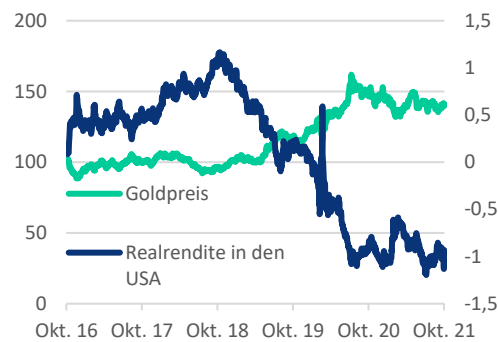
Die Notierungen von Platin und Palladium leiden weiter unter dem globalen Chipmangel, der für Produktionsunterbrechungen oder Stilllegungen in der Automobilindustrie verantwortlich ist. Beide Metalle werden dort zur Herstellung von Katalysatoren benötigt. Nach einem Rückgang der globalen Automobilproduktion um 16,2% im vergangenen Jahr erwarten Analysten für 2021 lediglich eine Produktionssteigerung um 7,6%. Im September haben die Platin- und Palladiumpreise ihre bisherigen Jahrestiefstände markiert, konnten sich im Oktober aber etwas erholen. Tatsächlich zeichnet sich für 2022 Licht am Ende des Tunnels ab. Die weltweite Automobilproduktion könnte um 12% zulegen. Mittelfristig wird Platin aber das größere Preispotenzial eingeräumt – es könnte bei der Katalysatorproduktion das etwa doppelt so teure Palladium ersetzen. Mit zunehmender E-Mobilität dürfte aber ab Mitte der 20er-Jahre die Nachfrage nach beiden Metallen deutlich abnehmen.

Knappes Gut. Einen massiven Anstieg der Notierungen verzeichnet Magnesium. In Europa hat der Preis für das Erdalkalimetall seit Jahresbeginn um mehr als 200% zugelegt. Die Ursache für diese rasante Entwicklung ist vor allem die starke Abhängigkeit der Europäischen Union (EU) von Magnesiumimporten aus China. Das Reich der Mitte ist für rund 85% der globalen Jahresproduktion von Magnesium verantwortlich; 95% des von Europa importierten Magnesiums stammen von dort.

Die Magnesiumherstellung ist mit 35 Megawattstunden je Tonne sehr energieintensiv und der Strom in China momentan sehr knapp. Die Stadtbehörde von Yulin – Chinas Zentrum der Magnesiumherstellung – hat daher angeordnet, bis Ende des Jahres etwa 70% der Hütten zu schließen sowie die Produktion in den verbleibenden um die Hälfte zu senken. Dies könnte chinesische Magnesiumexporte in die EU zumindest bis Ende des Jahres spürbar reduzieren. Da Magnesium für die Leichtmetallherstellung unverzichtbar ist, wären Europas Aluminium- und Stahlproduzenten direkt betroffen. Ohnehin wurde an der Londoner Metallbörse Aluminium zuletzt so teuer gehandelt wie seit 13 Jahren nicht mehr.

Negative Realrenditen stützen den Goldpreis

(l.A.: Goldpreis, Angaben indexiert: 21.10.2016 = 100; r.A.: Realrendite, Angaben in Prozent)



Quelle: Bloomberg L.P.; Stand: 27.10.2021

Die Notierungen für Zink sind in der zweiten Oktober-Woche in der Spitze um 23% auf ein 14-Jahres-Hoch gestiegen – mussten bis Ende des Monats aber rund die Hälfte ihrer Zuwächse wieder abgeben. Auslöser der Preissprünge waren Einschränkungen auf der Angebotsseite. Wegen der gestiegenen Kosten für Strom und für CO₂-Zertifikate wurde die Produktion gedrosselt. Um eine Tonne Aluminium zu produzieren, muss so viel Energie aufgewendet werden, wie ein Einfamilienhaus in drei Jahren benötigt. Knappes und teures Aluminium dürfte aber beispielsweise auch die Umsatz- und Gewinnerwartungen von Autobauern und Bauunternehmen senken.

Geringes Interesse. Der Goldpreis kämpft seit Wochen mit der Marke von 1.800 US-Dollar (USD) je Feinunze (31,1 Gramm). Doch bislang erwies sich der Widerstand als zu groß. Im 3. Quartal verzeichneten börsennotierte, mit Gold hinterlegte Produkte insbesondere in den USA weitere Abflüsse. Auch spekulativ orientierte Käufer zeigen dem Edelmetall aktuell die kalte Schulter. Eine restriktivere Geldpolitik und steigende Zinsen belasten die Goldnotierungen ebenfalls. Die höhere physische Goldnachfrage in China im September (+32%) und der Goldankauf einiger Notenbanken im August reichen allein für einen nachhaltigen Preisschub nicht aus. Gold könnte deshalb noch eine Weile lang seitwärts handeln – mit dem Risiko weiterer Kursrücksetzer.

Liquidität: Normalisierung in Sicht

Es ist ein schmaler Grad, auf dem sich die Europäische Zentralbank (EZB) bewegt. Die Währungshüter rechnen inzwischen über einen längeren Zeitraum mit erhöhten Inflationsraten, erwarten aber eine weiter nachlassende Wachstumsdynamik. Für EZB-Präsidentin Christine Lagarde war es im Anschluss an die jüngste Notenbanksitzung entsprechend schwierig, die richtige Balance zu finden: Unterstützung zu signalisieren und auf die gestiegenen Inflationsgefahren hinzuweisen. Lagardes Bemerkung, die Hauptthemen im EZB-Rat seien „Inflation, Inflation, Inflation“ gewesen, hat die Anleger hochgradig nervös gemacht. Die geänderte Inflationseinschätzung hat insbesondere in südeuropäischen Staaten zu einem Anstieg der Anleiherenditen geführt. Offenbar bereitet auch die EZB den Beginn einer geldpolitischen Normalisierung vor.

Klarer Kurs. Der jüngste Konjunkturbericht (Beige Book) der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) macht Lieferkettenengpässe, Arbeitskräftemangel und die Verbreitung der Delta-Variante des Coronavirus für die Verlangsamung des US-Wirtschaftswachstums verantwortlich. Trotz der sich eintrübenden Wirtschaftslage in vielen Regionen des Landes geht die Postbank nicht davon aus, dass US-Notenbanker von ihrem Plan einer Reduzierung der monatlichen Anleihekäufe noch abweichen könnten. Bis es zu einer ersten Zinsanhebung in den USA kommt, dürfte jedoch noch etwas Zeit vergehen. Marktteilnehmer rechnen damit erst Ende kommenden Jahres.

Immobilien: Hohe Baukosten, stabiler Aufschwung

Der Aufschwung am Immobilienmarkt in Deutschland ist aktuell intakt. Zunehmende Inflations Sorgen und der Anstieg der Kapitalmarktrenditen seit August rücken aber weiter in den Fokus der Investoren. Außerdem haben in den vergangenen Jahren die Preise für Wohnimmobilien spürbar angezogen. Treibende Faktoren waren die hohe Nachfrage bei zu geringem Angebot, eine durchschnittliche Verdoppelung der Baulandpreise und die ökologische Transformation der Wirtschaft. So wurden Bauvorschriften verschärft, um die Pariser Klimaziele einzuhalten. Nach Analysen der Postbank macht sich die Regulierung in Richtung Klimaschutz und Dämmung bei den Bauleistungen inzwischen deutlich bemerkbar. Hier sind die Preise in den vergangenen 10 Jahren um mehr als 30% gestiegen, im ersten Halbjahr 2021 sogar um 6,4%.

Begrenztes Risiko. Sollten Inflations Sorgen die Flucht in Sachwerte befeuern, könnte sich der Preisanstieg auch vom aktuellen Niveau aus noch fortsetzen. Hierzulande haben sich Wohnimmobilien 39 Quartale in Folge verteuert. Mit einem Anstieg seit 2010 um durchschnittlich 50% liegt Deutschland im OECD-Vergleich auf Rang 15. Den längsten Aufschwung verzeichneten die Niederlande von 1992 bis 2008: 67 Quartale, 266%. Den bislang größten Preisschub überhaupt erlebte Japan mit 360% in nur 56 Quartalen zwischen 1960 und 1974. Auch andere wichtige Kennzahlen relativieren die Risiken des Booms. Im Verhältnis zu den Mieten und gemessen an den Einkommen sind deutsche Wohnimmobilien günstiger als im Durchschnitt der OECD-Länder.

Kapital- & Finanzmarktprognosen

BIP Wachstum in %

	2018	2019	2020
Welt	-3,1	5,8	4,5
USA	-3,4	6,2	4,7
Euroland	-6,5	4,5	4,6
Deutschland	-4,6	3,0	4,5
Japan	-4,7	2,7	2,6
China	2,3	8,2	5,6

Inflation (CPI) in %

	2018	2019	2020
Welt	2,6	3,7	3,7
USA	1,2	3,0	2,5
Euroland	0,3	2,1	1,6
Deutschland	0,4	3,1	2,6
Japan	0,0	0,1	0,6
China	2,5	1,2	2,4

Geldpolitik

Leitzinssätze in %	Akt. Wert	12 Monate
3M-EURIBOR	-0,6	-0,6
Euroland	0,0	0,0
USA	0,3	0,3
Japan	-0,1	-0,1

Währungen

Währungspaar	Akt. Wert	12 Monate
EUR/USD	1,2	1,2
EUR/GBP	0,9	0,9
EUR/JPY	131,7	129,6
EUR/CHF	1,1	1,1
EUR/NOK	9,8	10,3

Renten

Marktzinsen 10J-Bonds in %	Akt. Wert	12 Monate
Deutschland	-0,1	0,0
Frankreich	0,2	0,4
Italien	1,1	1,3
Spanien	0,6	0,7
USA	1,6	2,0
UK	1,0	1,0
China	2,9	3,2
Indien	6,4	6,6
Russland	0,1	0,2
Brasilien	12,3	7,0

Aktien

Indizes	Akt. Wert	12 Monate
USA (S&P 500 in USD)	4613,7	4600,0
Euroland (Euro Stoxx 50)	4282,4	4250,0
Deutschland (DAX)	15860,8	16700,0
Italien (FTSE MIB)	27106,8	26500,0
Spanien (IBEX 35)	9119,5	9000,0
Japan (Topix in JPY)	2031,7	1960,0
Asien EM (MSCI in USD)	682,0	710,0
Lateinamerika (MSCI in USD)	2120,2	2525,0
Brasilien (MSCI in BRL)	314881,7	375000,0
China (MSCI in HKD)	92,0	96,0
Indien (MSCI in INR)	2069,1	2000,0
Russland (MSCI in USD)	881,0	825,0

Rohstoffe

Rohstoffe	Akt. Wert	12 Monate
Rohöl (Brent) (in USD)	84,9	75,0
Gold (in USD)	1794,8	1750,0
Silber (in USD)	24,0	26,0

Stand: 02.11.2021 10:00

Postbank

Redaktionsschluss: 03. November 2021 / 12:00 Uhr

Herausgeber: Deutsche Bank, Private Bank, Chief Investment Office EMEA

Postbank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG.

Bei diesen Informationen handelt es sich um Werbung. Die Texte genügen nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlage- und Anlagestrategieempfehlungen oder Finanzanalysen. Es besteht kein Verbot für den Ersteller oder für das für die Erstellung verantwortliche Unternehmen, vor bzw. nach Veröffentlichung dieser Unterlagen mit den entsprechenden Finanzinstrumenten zu handeln.

Die in diesem Dokument enthaltenen Angaben stellen keine Anlageempfehlung, Anlageberatung oder Handlungsempfehlung dar, sondern dienen ausschließlich der Information. Die Angaben ersetzen nicht eine auf die individuellen Verhältnisse des Anlegers abgestimmte Beratung. Allgemeine Informationen zu Finanzinstrumenten enthält die Broschüre "Basisinformation über Wertpapiere und weitere Kapitalanlagen", die ein Kunde bei Depotöffnung automatisch zugesandt bekommt.

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen. Obwohl sie aus Sicht der Bank auf angemessenen Informationen beruhen, kann sich in der Zukunft herausstellen, dass sie nicht zutreffend oder nicht korrekt sind.

Sofern es in diesem Dokument nicht anders gekennzeichnet ist, geben alle Meinungsäußerungen die aktuelle Einschätzung der Postbank wieder, die sich jederzeit ändern kann. Die Postbank übernimmt keine Verpflichtung zur Aktualisierung der in diesem Dokument enthaltenen Informationen oder zur Inkenntnissetzung der Anleger über verfügbare aktualisierte Informationen.

Die Deutsche Bank AG unterliegt der Aufsicht der Europäischen Zentralbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

© Deutsche Bank AG 2021